

Methoden . . . Verfahren . . . Entwicklungen

Hinweise und Nachrichten aus dem Statistischen Bundesamt

Ausgabe 2/90

Statistisches Bundesamt
Bibliothek-Dokumentation-Archiv

LS

Das Stichwort

Auswahlplan

Der Begriff Auswahlplan stammt aus dem Bereich der Stichprobenpraxis. Man versteht darunter eine Reihe von Vorschriften, nach denen eine Stichprobe aus der interessierenden Grundgesamtheit gezogen werden soll. Die Gestaltung eines Auswahlplans hängt von vielen Einflußgrößen ab, unter anderem vom Tabellenprogramm, den Genauigkeitsanforderungen, der Erhebungstechnik und nicht zuletzt von den Kosten sowie der verfügbaren Zeit.

Für das Ziehen der Stichprobe können verschiedene Auswahlverfahren angewandt werden. Es ist zu unterscheiden zwischen auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren und solchen, die nicht auf dem Zufallsprinzip aufbauen. Zufallsauswahlen haben den entscheidenden Vorteil, daß bei der Auswahl keine subjektiven Entscheidungen getroffen werden müssen und sich die Güte der Ergebnisse nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung ermitteln läßt. Aus diesem Grunde beruhen die Repräsentativerhebungen der amtlichen Statistik überwiegend auf Zufallsstichproben.

Um eine Zufallsauswahl durchführen zu können, ist eine Auswahlgrundlage, d.h. ein Verzeichnis aller Einheiten der Grundgesamtheit erforderlich. Die Einheiten der Auswahlgrundlage, die dem Auswahlvorgang zugrundegelegt werden, nennt man Auswahlseinheiten. Unter den zufälligen Verfahren ist die einfache Zufallsauswahl am bekanntesten. Als Modellfall kann die Lotteriezählung gelten: Eine Urne ist mit Losen für alle Auswahlseinheiten gefüllt. Nach Durchmischen wird jeweils ein Los blind gezogen. In der Praxis wird fast immer die Auswahl ohne Zurücklegen angewandt. Für die einfache Zufallsauswahl muß nur der Stichprobenumfang oder äquivalent dazu der Auswahlanteil, d.h. der Anteil des Stichprobenumfangs am Umfang der Grundgesamtheit, festgelegt werden. Eine Vereinfachung der Auswahltechnik stellt die systematische Auswahl dar: Bei einem angestrebten Auswahlanteil von z. B. 5 % wird systematisch jede 20. Auswahlseinheit gezogen. Der Kehrwert des Auswahlanteils (das „Schrittmaß“) – in diesem Fall 20 – ist der Auswahlabstand. Der Beginn der systematischen Auswahl muß durch eine Zufallszahl – hier eine Zufallszahl zwischen 1 und 20 – festgelegt werden. Anstelle der einfachen Zufallsauswahl kommt in der amtlichen Statistik oft ein Verfahren zur Anwendung, das einen Kompromiß zwischen der einfachen Zufallsauswahl und der systematischen Auswahl darstellt: Die Auswahlseinheiten werden dabei zu Zonen gleichen Umfangs zusammengefaßt, aus denen dann jeweils eine Auswahlseinheit zufällig entnommen wird.

Das in der amtlichen Statistik am häufigsten angewandte Auswahlverfahren ist die geschichtete Zufallsauswahl. Die Grundgesamtheit wird in mehrere Gruppen, die sich gegenseitig ausschließen und zusammen die Grundgesamtheit voll ausschöpfen – in sogenannte Schichten – zerlegt. In jeder dieser Schichten erfolgt dann unabhängig von den anderen Schichten eine einfache Zufallsauswahl. Mit diesem Verfahren ist es möglich, das Ziehen von sehr ungünstigen Stichproben auszuschalten, ohne das Zufallsprinzip aufzugeben. Beispielsweise kann durch eine Schichtung nach einem quantitativen Merkmal verhindert werden, daß sich in der Stichprobe nur Einheiten mit großen Merkmalswerten befinden; bei einer Schichtung nach einer fachlichen Gliederung kann vermieden werden, daß sich die Stichprobeneinheiten zufällig auf eine Gliederungsposition konzentrieren. In der Regel ermöglicht die Schichtung einen erheblichen genauigkeitssteigernden Effekt gegenüber der einfachen Zufallsauswahl. Dieser Genauigkeitsgewinn ist umso größer, je homogener die Auswahlseinheiten innerhalb einer Schicht bezüglich des interessierenden Erhebungsmerkmals sind. Im übrigen ist es nicht notwendig, daß jede Schicht mit dem gleichen Auswahlanteil erfaßt wird. Die Wahrscheinlichkeiten, in die Stichprobe zu gelangen, muß nämlich zwar für alle Auswahlseinheiten bekannt, aber nicht unbedingt für alle gleich sein.

Die Ziehung einer Stichprobe . . .

. . . kann auf dem Zufallsprinzip beruhen oder nichtzufällig erfolgen.

Unter den Zufallsverfahren ist die einfache Zufallsauswahl wohl am bekanntesten, . . .

. . . während jedoch in der amtlichen Statistik am häufigsten die geschichtete Zufallsauswahl angewendet wird.

Deshalb können die Auswahlätze im Hinblick auf die Zielsetzung – z. B. um ein möglichst genaues Gesamtergebnis zu erhalten oder aber möglichst vergleichbar genaue Ergebnisse einer Gliederung der Gesamtheit – differenziert werden, was natürlich später bei der Hochrechnung berücksichtigt werden muß. Eine wichtige Aufgabe bei der Erstellung des Auswahlplans ist es daher, den Gesamtstichprobenumfang unter Berücksichtigung der Zielsetzung möglichst optimal auf die einzelnen Schichten aufzuteilen.

Weitere Verfahren sind die zwei- und mehrstufige Zufallsauswahl.

Als weiteres Auswahlverfahren ist die zweistufige Zufallsauswahl zu nennen: Auf der ersten Stufe besteht die Grundgesamtheit aus Auswahlseinheiten, von denen sich jede aus einer Menge von Erhebungseinheiten zusammensetzt. Nach einer einfachen Zufallsauswahl erfolgt in einem zweiten Schritt in jeder der ausgewählten Einheiten nochmals eine einfache Zufallsauswahl, bei der Auswahlseinheiten zweiter Stufe gezogen werden. Ein Beispiel hierfür wäre eine Personenstichprobe mit einer Ziehung von Gemeinden auf der ersten Stufe und einer Ziehung von Personen aus den ausgewählten Gemeinden auf der zweiten Stufe. Zweistufige Verfahren haben den Vorteil, daß nicht für alle Auswahlseinheiten der zweiten Stufe eine Auswahlgrundlage vorhanden sein muß, sondern nur für diejenigen, die sich in den ausgewählten Einheiten der ersten Stufe befinden. Außerdem sind bei einer Befragung durch Interviewer die Reisekosten geringer als bei einer einfachen Zufallsauswahl, wenn die Auswahlseinheiten der ersten Stufe nach räumlichen Gesichtspunkten gebildet werden. Ein Spezialfall der zweistufigen Auswahl ist die Klumpenauswahl, bei der auf der zweiten Stufe keine Auswahl mehr erfolgt, sondern alle Einheiten erfaßt werden. Man kann natürlich auch mehr als zwei Auswahlsschritte hintereinanderschalten, was zu einer mehrstufigen Zufallsauswahl führt. Außerdem ist das Prinzip der Schichtung beliebig mit der mehrstufigen Auswahl kombinierbar.

Zu den nichtzufälligen Verfahren zählen die typische und die Quotenauswahl.

Nichtzufällige Auswahlverfahren erfordern stets an irgendeiner Stelle des Auswahlvorgangs subjektive Entscheidungen. Bei ihnen kann die Güte der Ergebnisse im Grunde nicht beurteilt werden. Dennoch kommen auch sie gelegentlich zur Anwendung, wenn beispielsweise keine geeignete Auswahlgrundlage vorhanden ist. Bei der typischen Auswahl werden subjektiv für „typisch“ gehaltene Einheiten in die Stichprobe genommen, d. h. solche, die näherungsweise dem Durchschnitt entsprechen. Bei der Quotenauswahl gliedert man die Grundgesamtheit zunächst nach bestimmten Merkmalsausprägungen, die aus anderen Erhebungen schon bekannt sind, in Gruppen. Für die Stichprobe werden dann Erfassungsquoten für diese Gruppen vorgegeben, die in der Regel den aus einer anderen Erhebung ermittelten Anteilen an der Grundgesamtheit entsprechen. Die eigentliche Auswahl geschieht nicht nach dem Zufallsprinzip.

Weiterentwicklung der Erhebung, Aufbereitung und Darbietung von Daten

Gesamtkonzept zur Berechnung der Erwerbstätigkeit

Zur Revision und Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen auf der Basis von VZ und AZ 1987 werden viele weitere Quellen verwendet, . . .

Für die Berechnung der im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Arbeitsmarktbeobachtung ermittelten Erwerbstätigenzahlen werden alle verfügbaren Quellen herangezogen. Grundlage für die Ermittlung der Basiswerte sind die in größeren Abständen durchgeführten Volks- und Arbeitsstättenzählungen (VZ und AZ). Die letzte Zählung dieser Art, die den Anlaß für die durchgeführte Revision der Zahlen ab 1970 bildete, fand im Jahr 1987 statt. Zur Fortschreibung und Rückrechnung der aus der Volks- und Arbeitsstättenzählung abgeleiteten Basiswerte wurde – da eine einheitliche und umfassende Quelle nicht verfügbar ist – eine Vielzahl von auf unterschiedlichen Berichtswegen gewonnenen Ausgangsmaterialien berücksichtigt.

. . . wie Mikrozensus, Monatsberichte, Handwerksberichterstattung, Personalstandstatistik im öffentlichen Dienst und Sekundärstatistiken aus der Verwaltung.

Zu nennen sind dabei der Mikrozensus, die Monatsberichte im Produzierenden Gewerbe sowie für den Bereich Handel und Gastgewerbe die vierteljährliche Handwerksberichterstattung und die jährliche Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst. Eine wichtige Grundlage für die Berechnungen bilden außerdem auf sekundärstatistischem Wege aus Verwaltungsunterlagen gewonnene Angaben. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die aus dem integrierten Meldeverfahren der Sozialversicherungsträger gewonnenen Angaben zu nennen, wie die vierteljährliche Statistik der Bundesanstalt für Arbeit über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, die monatliche Statistik des Bundesministers für Arbeit über die nach dem Arbeitsförderungsgesetz Beitragspflichtigen, die jährliche Statistik des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger über Rentenversicherungspflichtige sowie die bisher nur für interne Zwecke vorliegende Aufbereitung der sogenannten Historikdatei durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die ebenfalls die Angaben über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer enthält.

Ergebnisse der AZ 1987 wurden um fehlende Teilmassen ergänzt und um Mehrfachzählungen bereinigt.

Ausgangsbasis für die vorgelegte Neuberechnung ab 1970 waren die Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987. Den Eckwert für die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Mai 1987 sowie die weitere Untergliederung nach der Stellung im Beruf lieferte die auf Befragung von Haushalten beruhende Volkszählung. Von den erhobenen Zahlen wurde nur geringfügig aufgrund von ergänzenden Angaben aus anderen Quellen abgewichen. Grundlage für die Untergliederung dieser Zahlen nach Wirtschaftszweigen war die auf Angaben der Unternehmen bzw. Arbeitsstätten basierende Arbeitsstättenzählung. Zu diesem Zweck mußten die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung einerseits um fehlende Teilmassen (z. B. die Beschäftigten in nicht der Gewerbesteuerpflicht unterliegenden land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsstätten, die Soldaten und die Beschäftigten bei privaten Haushalten) ergänzt werden. Andererseits war es notwendig, die Ergebnisse um sogenannte Mehrfach-tätigkeitsfälle zu bereinigen, da nach den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Arbeitsmarktbeobachtung eine Person mit mehreren gleichzeitigen Tätigkeiten nur einmal, und zwar mit der Haupttätigkeit erfaßt werden soll.

Geringfügig Beschäftigte sind in die Berechnungen einbezogen.

In der auf diese Weise für 1987 ermittelten Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten sind entsprechend dem Erhebungskonzept der Volkszählung auch geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer enthalten. Umfassende Ergebnisse aus der amtlichen Statistik gibt es für diesen Personenkreis bisher nicht. Da nichtversicherungspflichtig beschäftigte Arbeiter und Angestellte seit Beginn dieses Jahres im Zusammenhang mit der Einführung des Sozialversicherungsausweises – wie bereits bisher die Versicherungspflichtigen – an die Krankenkassen zu melden sind, werden allerdings voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres von der Bundesanstalt für Arbeit erste statistische Ergebnisse über den Umfang dieses Personenkreises vorgelegt werden können. Erstmals für 1989 und 1990 enthalten auch die Mikrozensus eine Zusatzfrage, die darauf abzielt, diese Personengruppe gesondert zu erfassen. Sobald regelmäßige und verlässliche Ergebnisse über die Zahl der nichtversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten aus diesen Quellen vorliegen, wird die Festlegung der Basiswerte für 1987 erneut zu überprüfen sein.

Zur EG-Agrarpolitik liefert das SAEG Indikatoren über die nationalen landwirtschaftlichen Einkommen.

Gesamteinkommen landwirtschaftlicher Haushalte

Für die Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik der EG ist die Einkommenssituation der Landwirtschaft in den einzelnen Ländern von großer Bedeutung. Daher werden vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) in Luxemburg regelmäßig Indikatoren zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen für die EG-Länder gegenübergestellt. Bei diesen Indikatoren handelt es sich um Maßzahlen, die auf den nominalen und den um Preissteigerungen bereinigten (realen) Wertschöpfungen der Landwirtschaft basieren.

Z. Zt. nur an der landwirtschaftlichen Produktions-tätigkeit orientiert, sollen sie zukünftig auch andere Einkommensarten landwirtschaftlicher Haushalte einbeziehen.

Nach eingehender Diskussion im Agrarstatistischen Ausschuß, in dem das SAEG ebenso vertreten ist wie die Mitgliedsländer der EG, kam man zu dem Schluß, daß die bestehenden, lediglich an der landwirtschaftlichen Produktionstätigkeit orientierten Einkommensindikatoren, zur Kennzeichnung der Einkommenssituation der Landwirte und ihrer Haushalte nicht ausreichend sind. Die in landwirtschaftlichen Haushalten lebenden Personen beziehen häufig auch Einkommen aus außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit, aus Vermögen und aus Übertragungen, z. B. Kindergeld oder Renten. Im Jahr 1985 wurde daher das Projekt „Gesamteinkommen landwirtschaftlicher Haushalte“ begonnen, das zum Ziel hatte, die Einkommenssituation dieser Haushalte unter Berücksichtigung aller außerlandwirtschaftlichen Einkommen in konzeptionell vergleichbarer Form für die einzelnen EG-Länder zu ermitteln. Zu diesem Zweck wurde von der Arbeitsgruppe landwirtschaftliche Gesamtrechnung, der Mitglieder aller EG-Länder und des SAEG angehören, sowie von externen Experten ein Handbuch zum Gesamteinkommen landwirtschaftlicher Haushalte entwickelt, das sich konzeptionell eng an das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) anlehnt. Das Handbuch bildet den gemeinsamen Orientierungsrahmen für die Durchführung der Berechnungen in den einzelnen Ländern.

Ziel sind vor allem Gegenüberstellungen zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf dieses Gesamteinkommen.

Mit Hilfe der Daten zum Gesamteinkommen landwirtschaftlicher Haushalte sollen vor allem folgende Gegenüberstellungen für die Mitgliedstaaten der EG ermöglicht werden:

- Entwicklung des Gesamteinkommens landwirtschaftlicher Haushalte im Zeitablauf auf aggregierter Ebene
- Änderungen der Zusammensetzung des Gesamteinkommens
- Entwicklung des Gesamteinkommens je Haushalt, je Haushaltsmitglied und je Verbrauchereinheit und Vergleich mit der Entwicklung anderer sozioökonomischer Gruppen
- Einkommensniveau je Haushalt, je Haushaltsmitglied und je Verbrauchereinheit.

Obwohl die diesbezügliche Datensituation in den EG-Ländern sehr unterschiedlich ist, sollen im Frühjahr 1991 erste Ergebnisse vorliegen.

Aus erhebungstechnischen Gründen bildeten nur in Unterkunftseinrichtungen lebende Aus- und Übersiedler die Zielgesamtheit.

Erfragt wurden die dortige bisherige Verweilzeit, familienbezogene Merkmale, sowie Bestand und Belegung aller Übergangswohnrichtungen.

Vollendete Verweilzeiten wurden anhand von Modellannahmen geschätzt.

Die Datensituation in den EG-Ländern ist sehr unterschiedlich. Einige wenige Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland haben bereits seit einigen Jahren Haushaltseinkommen nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen berechnet. Auf dieser Grundlage basieren auch die neuen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, in denen konzeptionelle Anpassungen an die Vorgaben des Handbuchs vorgenommen, neue Ausgangsstatistiken herangezogen und die Berechnungsmethoden erheblich verbessert wurden. In einigen anderen Ländern waren nur wenige Ausgangsdaten als Grundlage zur Berechnung von Haushaltseinkommen vorhanden. Die Datenlücken sollen im Rahmen des Projekts zum Gesamteinkommen landwirtschaftlicher Haushalte geschlossen werden. Eine erste vergleichende Darstellung von Ergebnissen des Projekts soll im Frühjahr 1991 vom SAEG veröffentlicht werden.

Sondererhebungen

Erhebung bei Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen

Zum Stichtag 31. 10. 1989 wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Berlin und des Saarlandes auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 BStatG eine Erhebung bei Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen durchgeführt, um einerseits Aufschluß über die Verweilzeit in den Unterkünften zu erhalten und andererseits sowohl den Zusammenhang zwischen familienbezogenen Merkmalen und der Aufenthaltsdauer zu untersuchen als auch die Struktur des Wohnraumbedarfs zu ermitteln. Eine Befragung von bereits in eigenen oder gemieteten Wohnungen des privaten Wohnungsmarktes lebenden Aus- und Übersiedlern schied aus, da keine geeignete Auswahlgrundlage zur Verfügung stand und eine Flächenstichprobe bei der maximal möglichen Obergrenze von 10 000 Erhebungseinheiten (§ 7 Abs. 4 BStatG) nur eine sehr geringe Ausschöpfung der Grundgesamtheit erbracht hätte. Deshalb wurden als Zielgesamtheit Aus- und Übersiedler gewählt, die am Stichtag noch in Unterkunftseinrichtungen lebten.

Um die Aufenthaltsdauer von möglichst vielen Aus- und Übersiedlern zu erfassen – dies war nötig, um eine differenzierte Auswertung zu ermöglichen –, wurden in einer Stichprobenerhebung Verweilzeiten bei den Unterkunftsverwaltungen erfragt. Diese Information war allerdings nur sehr grob zu erhalten, indem die Ankunftsquartale der zum Erhebungsstichtag in den Unterkünften wohnenden Personen erhoben wurden. Für die Analyse des Zusammenhangs zwischen familienbezogenen Merkmalen und der Aufenthaltsdauer mußten zusätzlich auch Aus- und Übersiedlerfamilien selbst befragt werden. Dazu wurden in einer zweiten Stufe der Stichprobe Bewohner der Unterkünfte um Angaben zu ihrer Familie gebeten. Die Ergebnisse dieser Familienbefragung mit ihren Detailinformationen wurden unter Zugrundelegung der Verweilzeiterhebung hochgerechnet und an die ermittelte Verteilung der Ankunftszeitintervalle angepaßt. Als dritter Erhebungsteil wurde schließlich noch eine Bestandserhebung durchgeführt, bei der für alle Bundesländer die Gesamtzahl der Übergangswohnrichtungen und deren Belegung am Stichtag ermittelt wurde. Mit Hilfe dieser Daten wurde die hochgerechnete Familienstichprobe an die tatsächlichen Verhältnisse am 31. 10. 1989 angepaßt, denn die Auswahlgrundlage, auf der die zweistufige Stichprobenerhebung aufbaute, war aufgrund des stetigen Zustroms von Aus- und Übersiedlern Ende Oktober nicht mehr aktuell.

Das Datenmaterial dieser dreiteiligen Erhebung enthielt keine Angaben über vollendete Verweilzeiten von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen, sondern es wurden lediglich bisherige Verweilzeiten erfaßt. Aus diesen Informationen wurden durchschnittliche vollendete Verweilzeiten grob geschätzt. Folgende Modellannahmen lagen dieser Schätzung zugrunde: Für alle Aus- und Übersiedler wurde ein identischer Verteilungstyp für die Zufallsvariable „vollendete Verweilzeit“ angenommen, der sich lediglich in den Funktionalparametern unterschied. Einfluß auf diese Parameter hatten der Ankunftszeitpunkt, das Herkunftsland und das aufnehmende Bundesland. Unter diesen Annahmen wurden alternativ mit einer Exponentialverteilung und einem linearen Ansatz Schätzwerte für die vollendete Verweilzeit berechnet, deren Aussagewert aber nur im Vergleich der verschiedenen Populationen liegt und die die tendenzielle Entwicklung angeben. Über die absolute Höhe der abgeschlossenen Verweilzeit war damit keine gesicherte Aussage möglich, da das unterstellte Modell sehr vereinfachend war. Als Ergebnis dieser Schätzungen kann festgehalten werden, daß die durchschnittliche Verweilzeit zwischen Anfang 1988 und Mitte 1989 kontinuierlich um ca. vier Monate abgenommen hat. Da sich in diesem Zeitraum die Zahl der Aus- und Übersiedler verdreifacht hat, müssen Wohnraumreserven vorhanden gewesen sein. Insgesamt stellte sich aber die Situation für Übersiedler aus der ehemaligen DDR günstiger dar als für Aussiedler. Gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich der durchschnittlichen Verweilzeit wurden nicht festgestellt.

Auffallend war der hohe Anteil junger Leute in der Zielgesamtheit.

Am Erhebungsstichtag waren die überwiegende Mehrzahl der in den Unterküften lebenden Personen Aussiedler aus Polen (53 %), ein Viertel waren Aussiedler aus der Sowjetunion (25 %), 14 % waren Übersiedler aus der ehemaligen DDR und 7 % Aussiedler aus sonstigen osteuropäischen Staaten. Auffallend war der hohe Anteil junger Leute. Ein Drittel waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (35 %) und knapp die Hälfte war jünger als 25 Jahre (45 %). 81 % der Aussiedler und 88 % der Übersiedler waren jünger als 45 Jahre.

Bei der Wohnungssuche hatten größere Familien und Rußlanddeutsche die meisten Probleme.

Die Probleme bei der Wohnungssuche wurden weder durch das Alter der Personen beeinflusst noch durch den Umstand, ob sie persönliche Beziehungen zu anderen Personen hatten, die bereits in eigenen Wohnungen im Gebiet der damaligen Bundesrepublik Deutschland lebten. Von allen Zuwanderern hatten es Rußlanddeutsche am schwersten, in eigene Wohnungen zu wechseln. Dasselbe gilt für Familien mit fünf und mehr Mitgliedern. Da zu den Aus- und Übersiedlerfamilien zum Teil bereits erwachsene Kinder und Großeltern gehörten, wurden pro 100 unterzubringende Familien ca. 110 Wohnungen benötigt. In Bayern und Baden-Württemberg lag dieser Durchschnitt sogar bei 121 bzw. 115 Wohnungen pro 100 Familien.

Größtenteils gingen Aussiedler aus Rumänien nach Bayern und Baden-Württemberg, aus Polen nach Nordrhein-Westfalen.

Aussiedler aus Rumänien gingen zu über 80 % nach Baden-Württemberg und Bayern, die ehemaligen Heimatregionen der Banater Schwaben. Einen ähnlichen Befund erhält man für die Aussiedler aus Polen, die überwiegend nach Nordrhein-Westfalen gingen und zu über 90 % die Aus- und Übersiedler in den Unterkunftseinrichtungen des Saarlandes repräsentierten. Die Hintergründe für diese regionale Ausrichtung liegen vermutlich darin, daß in diesen Bundesländern Bergbau betrieben wird und daß dieser Industriezweig traditionell einen großen Arbeiterzustrom aus Polen hatte.

Weiterführende Informationen zu dieser Erhebung enthält der Aufsatz „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 11, 1990, S. 757 ff.

Veranstaltungen

Wissenschaftliches Kolloquium „Neue Wege raumbezogener Statistik“

Neue Fragestellungen und neue Techniken . . .

Am 25. und 26. September 1990 veranstaltete das Statistische Bundesamt ein wissenschaftliches Kolloquium, das zum Ziel hatte, den in statistischen Daten enthaltenen räumlichen Bezug im Lichte neuer Fragestellungen und neuer Datentechniken zu betrachten. Zahlreiche Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, internationalen Organisationen, Verbänden und Unternehmen nahmen an der Veranstaltung teil.

. . . wie Umweltschutz, Fernerkundung und Geo-Informationssysteme . . .

Mit der gestiegenen Bedeutung des Umwelt- und Naturschutzes stellen sich zunehmend neue und höhere Anforderungen an raumorientierte Statistiken. Um beispielsweise Industriestandorte mit Emissionen, Wohnungsdaten mit Flächenverbrauch oder landwirtschaftliche Produktion mit Bodenbelastung in Zahlen erfassen und beschreiben zu können, müssen verschiedene räumliche Daten zusammengeführt werden. Amtliche Statistiken sind neu aufzubereiten und auch mit externen Informationen zu kombinieren. Die Datengewinnung muß zurückgreifen auf neue Informationsquellen, wie die Fernerkundung aus Flugzeugen und Satelliten oder topographische Karten. Die Verarbeitung und Auswertung der Daten muß sich moderner Techniken, wie Geo-Informationssystemen bedienen.

. . . liefern die Rahmenbedingungen . . .

Das Kolloquium wurde von Prof. Dr. Schmidt-Falkenberg (Institut für Angewandte Geodäsie) moderiert. Im ersten Teil der Veranstaltung wurden die Rahmenbedingungen außerhalb der Statistik vorgestellt und diskutiert. Vorträge über die gegenwärtigen und zukünftigen Möglichkeiten raumbezogener Datenverarbeitung, die Entwicklungsarbeiten der Automobilindustrie im Bereich der Fahrzeugnavigation zur Automatisierung von Straßenkarten und die Arbeiten der Landesvermessungsverwaltungen zum Aufbau eines Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems boten einen fundierten Einblick in Trends und Entwicklungen in diesem Teil des Informationsmarktes. Fachliche Anforderungen wurden aus der Sicht des Bodeninformationssystems der Umweltministerkonferenz und des Forschungsprogramms Fernerkundung und Ökologie des Bundesministers für Forschung und Technologie formuliert. Von den Europäischen Gemeinschaften wurde das Umweltinformationssystem CORINE vorgestellt.

... für statistische
Neuentwicklungen.

Statistik muß ihre Position
in interdisziplinärer Zusammen-
arbeit bestimmen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde an verschiedenen nationalen und internationalen Beispielen der Stand der Methodenentwicklung innerhalb der Statistik diskutiert. Dabei wurde deutlich, daß ein breites Spektrum von Fachstatistiken, und zwar in statistischen Behörden von der Kommune bis zur supranationalen Ebene, von diesen Fragestellungen betroffen ist. Die Einsatzmöglichkeiten der Fernerkundung für agrarstatistische Zwecke wurden anhand des EG-Projekts einer Flächenschätzung für Feldfrüchte demonstriert. Beispiele für Geo-Informationssysteme in der Statistik lieferten das Regionale Bezugssystem (RBS) des Statistischen Landesamtes Berlin, GEOSTAT des Bundesamtes für Statistik der Schweiz und STABIS des Statistischen Bundesamtes. Welche Bedeutung die Vereinigung Deutschlands für die Regionalstatistik der 90er Jahre haben wird und wie der Stand der Anwendung raumbezogener Informationen in der ehemaligen DDR ist, wurde ausführlich diskutiert. Vom Statistischen Bundesamt wurde gezeigt, welche Möglichkeiten raumbezogene Datenhaltung und Fernerkundung zur Verbesserung und Rationalisierung in einer zukünftigen statistischen Umweltberichterstattung bieten.

Insgesamt verdeutlichte die Veranstaltung, welche Herausforderungen auf die Statistik im Bereich der raum- und umweltbezogenen Informationen zukommen. Statistische Grundlageninformationen sind auch hier unverzichtbar für die gegenwärtigen und zukünftigen Fragestellungen. Nicht zuletzt damit auch die bereits vorliegenden Statistiken besser genutzt werden können, sind die statistischen Methoden jedoch um neue Verfahren zu ergänzen. Interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen wird der Statistik dabei helfen.

Buchbesprechung

Oppenländer, K.H., Poser, G. (Hrsg.):

Handbuch der Ifo-Umfragen:

Vierzig Jahre Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München; Berlin, München 1989.

Im Kern faßt das o. g. Handbuch in sehr ausführlicher, aber auch übersichtlicher Weise die Methoden der verschiedenen Ifo-Unternehmensbefragungen zusammen. Dabei beschränkt es sich jedoch nicht auf deren an sich schon nützliche reine Beschreibung, häufig etwa auch mit Abbildungen der Fragebögen, sondern diskutiert sie umfassend unter verschiedenen Aspekten. Zu nennen sind dabei Vergleiche zwischen Prognosen und tatsächlicher Entwicklung, quantitative Angaben zu Teilnahme, Ausfällen und „Treffern“ sowie weitere praktische Erfahrungen unterschiedlicher Art. Erwähnt sei ferner eine Synopse der Umfragen unter verschiedenen Kriterien, die einen guten Überblick ermöglicht. Einen zweiten, wenn auch kleineren Schwerpunkt neben den Umfragen selbst bildet die umfassende Vorstellung der unterschiedlichen Ifo-Indikatoren zu Konjunktur, Struktur und Wachstum als direkter wichtiger Anwendungsgebiete der Befragungsergebnisse.

Besonders zu begrüßen ist die Einbettung der genannten, eher konkreten Darstellung und Erörterung in einen allgemeineren, theoretischen Rahmen der Erwartungen, insbesondere von Unternehmen, in der Wirtschaftstheorie. Dies ermöglicht auch Lesern mit wenig Fachkenntnissen auf diesem Gebiet eine recht leichte Einordnung und Beurteilung der beschriebenen Methoden ohne aufwendiges anderweitiges Literaturstudium. Abgerundet wird das Handbuch durch ein Kapitel über Nutzung und Nutzer von Ifo-Umfragen sowie eines über deren historische Entwicklung und ihren aktuellen Organisationsstand, auch unter Einbeziehung anderer bedeutender Befragungen.

Insgesamt stellt das Handbuch ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk dar, das sowohl Expertenansforderungen genügt als auch weniger vorinformierten Interessenten den Zugang zu Ifo-Umfragen erheblich erleichtert.

Veranstaltungskalender

Ausschußtagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft

In der Zeit vom 22. bis 24. Mai 1991 findet an der Universität Innsbruck die Pfingsttagung der Ausschüsse für

- Empirische Wirtschaftsforschung und Angewandte Ökonometrie
- Neuere Statistische Methoden
- Statistik in Naturwissenschaft und Technik

der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Hochschullehrer für Mathematische Statistik und der Österreichischen Statistischen Gesellschaft statt.

Nähere Informationen sind erhältlich bei der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Postfach 55 60, 7750 Konstanz, Telefon: (0 75 31) 88 - 37 58.

Die lokale Organisation wird von Prof. Dr. Gerhard Marinell, Institut für Statistik an der Universität Innsbruck, Innrain 52/III, A-6020 Innsbruck, Tel. (00 43) 5 12 - 507 27 41, übernommen.

1991 Annual Research Conference

Die vom U.S. Bureau of the Census organisierte Annual Research Conference findet vom 17. bis 20. März 1991 im Holiday Inn Crowne Plaza in Arlington, Virginia, USA, statt. Weitere Informationen sind erhältlich bei Maxine Anderson-Brown, Conference Coordinator, Office of the Director, Bureau of the Census, Washington, D.C. 20233, USA.

Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik

Heft 7

Überblick über die Sozialproduktsberechnungen des Statistischen Bundesamtes

Heft 8

Konzept und Berechnung einer Marktverflechtungstabelle für die Bundesrepublik Deutschland (in Vorbereitung)

Heft 9

Methodische Fragen bevölkerungstatistischer Stichproben am Beispiel des Mikrozensus

Heft 10

Inhaltliche Fragen bevölkerungstatistischer Stichproben am Beispiel des Mikrozensus

Heft 11

Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987 - Codebuch (in Vorbereitung)

Heft 12

Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik

Heft 13

Neue Ansätze zur Berechnung von Preisindizes

Außerdem können noch **Heft 1** „Luftbilddauswertung in der Statistik“, **Heft 2** „Statistisches Bodeninformationssystem“, **Heft 3** „Zum Datenangebot über Dienstleistungen in der Bundesstatistik“, **Heft 4** „Merkmale einer allgemeinen Standarddemographie“, **Heft 5** „Zur Zuverlässigkeit von Bevölkerungsstichproben ohne Auskunftspflicht“ und **Heft 6** „Systematik der Bodennutzungen“ beim Statistischen Bundesamt bezogen werden.

Schutzgebühr für die Hefte 1 bis 7, 12 und 13: DM 5,-, für Heft 9: DM 12,- und für Heft 10: DM 14,-.

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

hrsg. vom Statistischen Bundesamt

Band 6

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u.a.

Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1988 · 199 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer 1080406-88900

Band 7

Statistische Umweltberichterstattung

1987 · 165 Seiten · DM 14,80 · Bestellnummer 1030407-87900

Band 8

Klaus-Peter Kistner, Erwin Südfeld u.a.

Statistische Erfassung von Unternehmensgründungen

1988 · 142 Seiten · DM 14,50 · Bestellnummer 1030408-88900

Band 9

Zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

1988 · 218 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer 1030409-88900

Band 10

Reiner Stäglin, Erwin Südfeld u.a.

Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft – Konzepte ihrer statistischen Erfassung

1988 · 205 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer 1030410-88900

Band 11

Hartmut Esser, Heinz Grohmann, Walter Müller und Karl-August Schäffer

Mikrozensus im Wandel

1989 · 450 Seiten · DM 22,80 · Bestellnummer 1030411-89900

Band 12

Erwin K. Scheuch, Lorenz Gräf und Steffen Kühnel

Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten

– Ergebnisse der Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987 –

1989 · 158 Seiten · DM 14,90 · Bestellnummer 1030412-89900

Band 13

Rosemarie von Schweitzer, Manfred Ehling, Dieter Schäfer u.a.

Zeitbudgeterhebungen

– Ziele, Methoden und neue Konzepte –

1990 · 208 Seiten · DM 17,30 · Bestellnummer 1030413-90900

Band 14

Leben und Arbeiten 2000 · Herausforderungen an den Mikrozensus

– Ergebnisse des 3. Wiesbadener Gesprächs am 6./7. November 1989 –

1990 · 226 Seiten · DM 17,60 · Bestellnummer 1030414-90900

In Vorbereitung:

Band 15

Nils Diederich, Egon Hölder, Andreas Kunz u.a.

Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland

Band 16

Egon Hölder und Mitarbeiter

Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung

Außerdem können noch **Band 1** „Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel“, **Band 3** „Datennotstand und Datenschutz“, **Band 4** „Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ und **Band 5** „Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik“ bezogen werden. – **Band 2** „Darstellungskonzepte der Input-Output-Rechnung“ ist vergriffen.

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 6200 Wiesbaden 1

Telefon (06 11) 7525 18, Telex 4 186 511, Telefax 7534 25.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.